

Stellenanzeige



Die AfD-Fraktion im Hessischen Landtag ist am 28. Oktober 2018 mit 13,1 % in den Hessischen Landtag gewählt worden. Zur Umsetzung unserer bürgerlich-konservativen Politik suchen wir zum nächstmöglichen Zeitpunkt mit Arbeitsort in Wiesbaden einen

Referent für den Bereich Justiz, Recht und Petitionen (gleich welchen Geschlechts)

Das Aufgabengebiet umfasst:

- Wissenschaftliche Ausarbeitung von Fachthemen im Bereich Justiz, Recht und Petitionen
- Unterstützung der fachpolitischen Sprecher der Fraktion, u.a. bei der Vorbereitung und Erstellung von parlamentarischen Anfragen, Pressemitteilungen, Gesetzesinitiativen und Redemanuskripten
- Bewertung von Zusammenhängen und gründliche Recherche komplexer Vorgänge
- Vor- und Nachbereitung von Besprechungen und Ausschusssitzungen
- Beobachtung und Auswertung nationaler und internationaler Quellen
- Wahrnehmung der Kontakte mit Einrichtungen, wissenschaftlichen Instituten, Ämtern und Behörden, soweit notwendig und erforderlich

Wir erwarten von Ihnen:

- Hochschulabschluss im Bereich Jura oder gleichwertige Fachkenntnisse
- Mindestens gute Kenntnisse im öffentlichen Recht
- Möglichst Berufserfahrung in den genannten Aufgabengebieten
- Sehr gute mündliche und schriftliche Ausdrucksfähigkeit
- Belastbarkeit, Zuverlässigkeit, Kommunikations- und Teamfähigkeit
- Identifikation mit den Zielen der AfD und politisches Gespür
- Wünschenswert, aber nicht Bedingung sind Kenntnisse parlamentsinterner Abläufe und Strukturen

Wir bieten Ihnen:

- Eine der Stelle angemessene Vergütung
- Flexible, familienfreundliche Arbeitszeitregelungen
- Landesticket Hessen zur kostenfreien Nutzung des ÖPNV

Ihre vollständigen Bewerbungsunterlagen (mit Anschreiben, Lebenslauf, Zeugnissen, Ihrem gewünschten Bruttojahresgehalt und Angabe eines frühestmöglichen Arbeitsbeginns) senden Sie bitte ausschließlich per E-Mail in einer einzigen PDF-Datei mit maximal 10 MB an die AfD-Fraktion im Hessischen Landtag unter der E-Mail-Adresse afd-bewerbung@ltg.hessen.de.

Es handelt sich um eine Vollzeitstelle, die zunächst bis zum Ende der Legislaturperiode (31.01.2024) befristet ist.